

Wir zahlen nix! Studiengebühren - nein danke!

Wie auch Du sicher schon gehört hast, plant die schleswig-holsteinische Landesregierung die Einführung von Studienkonten. Wie das genau aussehen soll, ist noch nicht entschieden. In der Diskussion sind verschiedene Modelle: erstens eine Studienmengenbegrenzung, bei der Du nur eine gewisse Anzahl von Semesterwochenstunden in Deiner gesamten Studienzzeit besuchen darfst, und zweitens eine Studiendauerbegrenzung, bei der Du nur die Regelstudienzeit plus vielleicht zwei Semester studieren darfst. Verstößt Du dann gegen die jeweilige Begrenzung, sollst Du künftig zahlen: 500 Euro pro Semester! Entscheiden soll dies im Herbst 2002 der Landtag, in Kraft treten würde das Gesetz folglich 2003 oder 2004.

Warum sind Studienkonten abzulehnen?

Studienkonten sind eine Art von Studiengebühren und dienen der schleichenden Einführung weitergehender Studiengebührenmodelle. Studiengebühren in jeder Form sind sozial ungerecht und bildungspolitischer Schwachsinn. Zwei Drittel aller Studenten arbeiten aus materiellem Zwang neben dem Studium, was die Studiendauer selbstverständlich erhöht. Weiterhin verlängern problematische Studienbedingungen, soziales oder politisches Engagement, das Bekommen von Kindern, Auslandssemester, Praktika, das Erlangen von Zusatzqualifikationen (Sprach-, PC-Kurse etc) oder ein fächerübergreifendes Interesse das Studium vieler Menschen. Es werden also alle bestraft, die sich besonders anstrengen und / oder über nicht sehr viel Geld verfügen. Dies wird dazu führen, dass viele StudentInnen ihr Studium abbrechen oder noch länger studieren müssen und viele Menschen erst gar nicht anfangen werden zu studieren. Dies alles steht im krassen Widerspruch zu allen Anforderungen, die ständig an StudentInnen gestellt werden und der Tatsache, dass es hierzulande zu wenig Hochschulabsolventen gibt. Statt den Zugang zu Bildungseinrichtungen von materiellen Voraussetzungen abhängig zu machen, sollte Bildung hingegen ein allgemein zugängliches Gut sein.

Aktiv werden gegen Studiengebühren?

Allerdings ist diese Entwicklung des Abbaus von sozialen Standards nicht nur im Hochschulbereich, sondern überall zu beobachten: Im Zuge der Neoliberalisierung werden öffentlich finanzierte Dienstleistungen privatisiert, soziale und gesundheitliche Grundleistungen gekürzt, Schulen, Krankenhäuser und Kindertagesstätten kommerzialisiert. Studiengebühren sind in diese allgemeine Entwicklung einzuordnen und wir können ihnen nachhaltig nur durch entschiedenen Protest entgegenzutreten. StudentInnen vieler Universitäten, die von ähnlichen Studienkontenmodellen betroffen sind, haben bereits damit begonnen: In Köln, Duisburg, Hamburg, Bielefeld, Wuppertal, Essen, Aachen, Bochum, Berlin und anderen Städten protestierten und protestieren die StudentInnen seit einigen Wochen mit Streiks, Demonstrationen, Straßenblockaden und anderen Aktionen. Ist so etwas nicht auch in Kiel möglich? Wir sollten uns den Protesten der anderen Städte anschließen, um damit den Plänen der Landesregierung etwas Wirkungsvolles entgegenzusetzen. Alle die Lust haben, sich aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und sich an Aktionen zu beteiligen, sind eingeladen ins Infocafé im Komm (siehe unten) zu kommen. **[Eure Komm-Gruppe]**

Nein zu jeglicher Form von Studiengebühren! Wir zahlen nix!
Nein zu Sozialabbau, Privatisierung und Kommerzialisierung!
Für den uneingeschränkten Zugang zu Bildung für alle Menschen!
Gegen Zulassungsbeschränkung - für selbstbestimmtes Leben und Lernen!



StudentInnen-Demonstration am 15. Mai 2002 in Hamburg

Info-Café

Mit dem Schwerpunkt-Thema: **“Bildung ist eine Ware ! - Pfui Deibel !”**

Am 19. Juni 2002

Um 19 Uhr im Komm

Weiterer Termin im Komm: [Auch um 19 Uhr]

★ **3. Juli 2002 - “Wie frei bist du wirklich?”**
Themenabend Repression

Komm ins Komm: Durchs Tor gegenüber dem Verwaltungshochhaus, erste links, dann rechts. Max-Eyth-Str. 2 [Musikwissenschaft].

Email: komm@archiv-kiel.de
Url: www.archiv-kiel.de/komm



Aktion von StudentInnen an der Ruhr-Uni in Bochum am 17. April 2002.